

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Dossier

**Dossier: Berichte zur Bundespersonalpolitik (seit 2009)**

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Bühlmann, Marc

## Bevorzugte Zitierweise

Bühlmann, Marc 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Dossier: Berichte zur Bundespersonalpolitik (seit 2009), 2010 - 2014*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 17.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

Bericht zur Umsetzung der Bundespersonalpolitik (2009 und 2010)	1
Neue Ziele für die Personalpolitik bis 2015	1
Personalmanagement für das Jahr 2011	1
Chancengleichheit von Frau und Mann in der Bundesverwaltung	2

# Abkürzungsverzeichnis

**EDA** Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten

---

**DFAE** Département fédéral des affaires étrangères

# Bericht zur Umsetzung der Bundespersonalpolitik (2009 und 2010)

## Bundesverwaltung – Personal

**BERICHT**  
DATUM: 01.04.2010  
MARC BÜHLMANN

Der Bundesrat nahm den alljährlichen **Personalpolitik-Bericht** zur Kenntnis. Zufrieden zeigte er sich mit dem Anteil an Lehrlingsstellen am Total der Anstellungsverhältnisse. Das Soll nicht ganz erreicht hat der Bund allerdings beim Frauenanteil. Zwar liegt die Frauenquote bei 30 Prozent, allerdings sind **Frauen in Kaderpositionen** nach wie vor massiv untervertreten. Auch die Vertretung der Landessprachen sei noch nicht adäquat.<sup>1</sup>

**BERICHT**  
DATUM: 23.03.2011  
MARC BÜHLMANN

Der jährliche **Bericht zur Umsetzung der Bundespersonalpolitik** zeigte auf, dass der Frauenanteil in der Bundesverwaltung weiter angestiegen war (total 31.7%). Dies gilt auch für den Bereich der oberen Kader (+2%), wo aber nach wie vor lediglich ein Achtel der Beschäftigten (12%) weiblich war, was im Vergleich zur Privatwirtschaft allerdings als beachtlich betrachtet wurde. Die Sollwerte für die Anteile der Sprachregionen, die von der seit 2010 geltenden Sprachenverordnung festgelegt werden, wurden fast erreicht: Der Anteil an deutschsprachigen Mitarbeitenden betrug 2010 72.1% (Soll: 70%), an französischsprachigen Mitarbeitenden 21.0% (Soll: 22%), an italienischsprachigen Mitarbeitenden 6.6% (Soll: 7%) und an rätoromanischsprachigen Mitarbeitenden 0.3% (Soll: 1%). Der Sollwert für den Anteil Lernender (4%) wurde mit 4.5% übertroffen. Der durchschnittliche Bruttolohn in der Bundesverwaltung (ohne EDA-Lokalpersonal) belief sich 2010 auf 116'285 CHF. Für 2012 wurde zwischen Bund und Gewerkschaften eine Lohnerhöhung um 1.2% ausgehandelt.<sup>2</sup>

## Neue Ziele für die Personalpolitik bis 2015

### Bundesverwaltung – Personal

**VERWALTUNGSAKT**  
DATUM: 22.06.2011  
MARC BÜHLMANN

Im Juni legte der Bundesrat **neue Ziele für die Personalpolitik** in der Bundesverwaltung fest. Die Sollwerte, die bis 2015 erreicht werden sollen, zielen auf eine adäquatere Vertretung der Geschlechter, eine bessere Integration von Mitarbeitenden mit Behinderungen und eine weiterhin gleichmässige Berücksichtigung der vier Landessprachen ab. Im Rahmen der Vorgaben zur Beschäftigung und Eingliederung von Menschen mit Behinderungen in der Bundesverwaltung definierte der Bundesrat zudem das Ziel, dass bis 2015 ein bis zwei Prozent der Verwaltungsangestellten Personen mit Behinderungen sein sollen.<sup>3</sup>

## Personalmanagement für das Jahr 2011

### Bundesverwaltung – Personal

**BERICHT**  
DATUM: 28.03.2012  
MARC BÜHLMANN

Die im März präsentierte **Berichterstattung über das Personalmanagement** (2011) zeigte erfreuliche Resultate. Der Stellenbestand war im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken (32'179 Vollzeitstellen bzw. 35'618 Mitarbeitende) und der Anteil an Lernenden (5%; Soll: zwischen 4 und 5%) und an Menschen mit Behinderungen (1,2%; Soll: zwischen 1 und 2%) lagen in den von der Personalstrategie 2011-2015 festgelegten Zielbändern. Die regelmässig durchgeführten Personalbefragungen zeigten zudem eine hohe Arbeitszufriedenheit. Optimierungspotenzial bestehe allerdings hinsichtlich der Zufriedenheit mit der Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben.<sup>4</sup>

# Chancengleichheit von Frau und Mann in der Bundesverwaltung

## Bundesverwaltung – Personal

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 01.05.2013  
MARC BÜHLMANN

Zwar zeigte das „Reporting Personalmanagement 2012“ eine weitere Zunahme des Frauenanteils bei den obersten Kaderstellen in der Bundesverwaltung von 14,3% auf 15,6% und im mittleren Kader von 27,8% auf 29% auf, das Soll-Zielband von 29% bis 34% war damit aber nach wie vor nicht erreicht. Hinsichtlich der **Chancengleichheit von Frau und Mann in der Bundesverwaltung** unternahm die Regierung deshalb Anfang November einen Schritt, der breite Beachtung fand. Sie beschloss die Einführung einer Geschlechterquote von 30% bei 24 bundesnahen Betrieben. Gremien, die vom Bundesrat gewählt werden, sollen bis 2020 jeweils einen Frauen- und Männeranteil von mindestens 30% aufweisen. Wo der Frauenanteil tief ist, sollen künftig weibliche Kandidaturen bevorzugt behandelt werden. Bei dieser Neuerung handelte es sich aber nicht um eine juristisch verbindliche Vorgabe, sondern um eine Zielgrösse, deren Nichterreichung allerdings gut begründet werden muss. Zudem beschloss die Bundesregierung, neu jährlich im Rahmen des Reportings Personalmanagement über die Geschlechtergleichheit zu berichten. Zwei Postulate Feri (sp, AG), mit denen die Einführung von Geschlechterquoten in der Verwaltung geprüft werden sollen, wurden im Plenum noch nicht behandelt. Mit familienfreundlichen Arbeitsbedingungen will die Regierung schliesslich die Verwaltung als Arbeitgeberin für beide Geschlechter noch attraktiver machen. Anfang Mai verabschiedete die Exekutive verschiedene Verordnungsänderungen, die beiden Elternteilen verstärkt Teilzeitarbeit und Vätern einen zehntägigen Vaterschaftsurlaub erlauben. Ende Jahr verabschiedete der Bundesrat zudem eine Reallohnerhöhung von 0,7%. Die Überprüfung der Löhne in der Bundesverwaltung zeigte, dass die Saläre dem Grundsatz der Lohnleichheit zwischen den Geschlechtern entsprechen.<sup>5</sup>

STUDIEN / STATISTIKEN  
DATUM: 11.03.2014  
MARC BÜHLMANN

Der Mitte März 2014 erschiene **Bericht zum Personalmanagement** des Bundes zeigte in der nationalen Verwaltung eine Zunahme der Teilzeitbeschäftigten um 2,3 Prozentpunkte auf. Fast ein Viertel aller Bundesangestellten (23,4%) arbeiteten weniger als 90%. Zum Vergleich: In der gesamten Erwerbsbevölkerung beträgt dieser Anteil 32,1%. Beim Bund arbeiten vor allem Frauen Teilzeit (49,2%) während die männlichen Bundesangestellten ihren Job nur in 10,6% aller Fälle nicht als Vollzeit-Angestellte erledigen. Nach Möglichkeit werden beim Bund Stellen variabel mit 80 bis 100% ausgeschrieben. Dem Bericht war weiter zu entnehmen, dass der Frauenanteil im höheren Kader mit 30,2% erstmals den Sollwert von 30% überschritten habe.<sup>6</sup>

---

1) BZ, 1.4.10.

2) Medienmitteilung Bundesrat vom 23.3.11; Presse vom 24.3.11; BZ, 20.10.11; Presse vom 12.11.11.

3) Medienmitteilung Bundesrat vom 22.6.11; BBl, 2011, S. 5875 f.; Presse vom 23.6. und 25.6.11.

4) Medienmitteilung BR vom 28.03.12.

5) Po. 12.3801 und Po. 12.3802; BBl, 2013, S. 8481 ff.; Medienmitteilung BR vom 15.3. (Reporting Personalmanagement 2012), 9.10. und 29.11.13; NZZ, 16.3. und 2.5.13; Blick, 3.5.13; SoZ, 10.11.13.

6) NZZ, 15.3.14